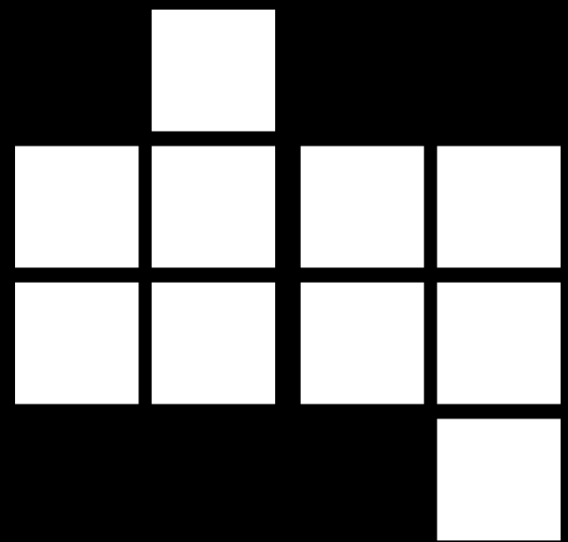




DIGITALE GESELLSCHAFT

Wieso. Weshalb. Warum.

485 2.700

**Wir sind deine Lobby
(und das kostet Geld).**

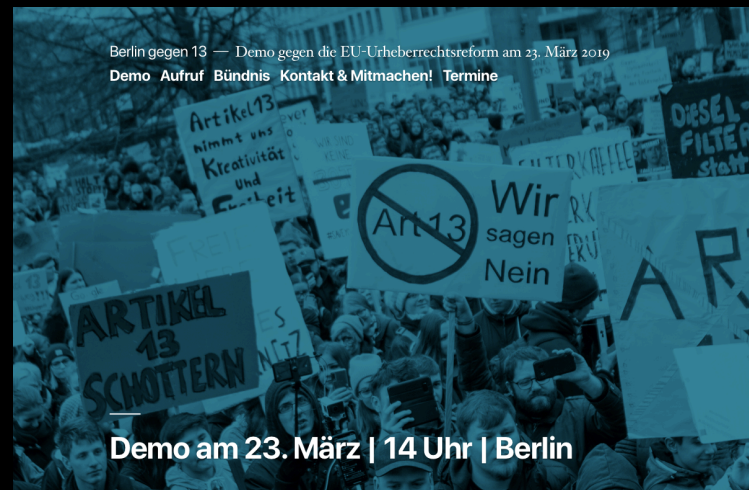
WARUM?

Ausdauer

04.11.2011



23.02.2017



23.03.2019



06.09.19

Gründlichkeit



Berlin, den 9. März 2017

Stellungnahme Zugangserschwerungsaufhebungsgesetz – Digitale Gesellschaft
Seite 1

Stellungnahme des Digitale Gesellschaft e.V.

für Wirtschaft und
Mediengesetzes

ACHT SCHRITTE ZU EINEM OFFENEN INTERNET



Berlin, 19. September 2019



Berlin, 19. September 2019



Digitale Gesellschaft e.V.,
Groninger Str. 7
10347 Berlin
+49 30 450 840 18
info@digitalegesellschaft.de
https://digitalegesellschaft.de/dvg

Gegen den Ausverkauf der Gesundheitsdaten – für ein Moratorium in der Digitalisierung des Gesundheitswesens

Stellungnahme zum Entwurf eines Gesetzes für eine bessere Versorgung durch Digitalisierung und Innovation (Digitale Versorgung-Gesetz – DVG)

Das vom Kabinett am 10. Juli 2019 beschlossene Digitale Versorgung-Gesetz (DVG)¹ wird in diesem Herbst in Bundesrat und Bundestag beraten. Die Ausschüsse des Bundesrats haben bereits eine ausführliche Stellungnahme erarbeitet², die am 20. September 2019 im Bundesrat behandelt wird (TOP 37). Eine öffentliche Debatte über die Implikationen dieses Gesetzesentwurfs fehlt bisher und muss dringend nachgeholt werden. Eine Auseinandersetzung mit der Verletzlichkeit im Umgang mit digitalisierten Gesundheitsdaten in zentralen Dateien findet gegenwärtig, leider nicht zum ersten Mal, durch die Aufdeckung eines riesigen Lecks statt.³

Angesichts der Tragweite der vom DVG betriebenen Veränderungen und des Ausmaßes der Probleme beim Aufbau der Telematik-Infrastruktur fordern wir ein Moratorium in der Digitalisierung des Gesundheitswesens. Bundesrat und Bundestag müssen das DVG ablehnen. Zunächst muss über den Aufbau einer sicheren Telematik-Infrastruktur mit einem angemessenen Datenschutz- und Sicherheitskonzept befunden werden, bei dem die Interessen der Versicherten im Mittelpunkt stehen.

Einige zentrale Aspekte wollen wir im Folgenden herausstellen, wobei wir ebenfalls davon ausgehen, dass die Digitalisierung einen notwendigen und hilfreichen Beitrag zur Verbesserung des Gesundheitswesens leisten kann und soll. Da es jedoch um hochsensiblen Gesundheitsdaten geht, an denen vielfältige Interessen bestehen und durch deren Verlust Versicherte dauerhaft geschädigt werden können, müssen Datenschutz und Datensicherheit eine zentrale Rolle spielen⁴. Die Freiwilligkeit der Beteiligung bleibt ein notwendiges Prinzip, das auf keinen Fall aufgegeben werden darf. Jede Nachlässigkeit um des schnellen Erfolgs willen verletzt die Grundrechte der Versicherten.

¹ https://www.bundesgesundheitsministerium.de/fileadmin/3_Downloads/Gesetze_und_Verordnungen/GuV/Digitale-Versorgung-Gesetz_DVG_Kabinett.pdf
² https://www.bundesrat.de/SharedDocs/drucksachen/2019/0301-0400/360-1-19.pdf?__blob=publicationFile&v=1
³ <https://www.lageschau.de/investigativ/inbr-recherche/patienten-daten-30.html>
⁴ Welchen Schutz brauchen sensible Gesundheitsdaten? <https://digitalegesellschaft.de/2019/05/welchen-schutz-brauchen-sensible-gesundheitsdaten/>

Stellungnahme der Digitalen Gesellschaft e. V.

zur Konsultation des Bundesministeriums der Justiz und für

Verbraucherschutz

zu Interoperabilität und Datenportabilität bei sozialen Netzwerken

I. Zusammenfassung

Die Digitale Gesellschaft e.V. befürwortet Interoperabilität als Ziel der Technikgestaltung. Interoperabilität ist ein Erfolgsprinzip des freien und offenen Internets. Jedoch wirft die Forderung nach Interoperabilität sozialer Netzwerke¹ eine Reihe von Unwägbarkeiten für die Rechte der Nutzenden auf. Angesichts dieser offenen Fragen empfehlen wir die pragmatische Förderung einer quelloffenen und dezentralen Dienstlandschaft durch öffentliche Förderprogramme und die Durchsetzung bestehender Regeln. Von einer gesetzlichen Verpflichtung zur Interoperabilität raten wir derzeit ab.

¹ Aus Gründen der Fokussierung klammert die vorliegende Stellungnahme den ebenfalls zur Konsultation gestellten Aspekt der Datenportabilität aus.

Zu dem vorliegenden Entwurf nehmen

Vorbemerkung:

Als Reaktion auf terroristische Anschläge und organisierter Kriminalität wurde die Richtlinie (EU) 2016/681 des Europäischen Rates über die Verwendung von Fluggastdatensätzen: Verhütung, Aufdeckung, Ermittlung und Verfolgung von terroristischen und schwerer Kriminalität auf den Weg gebracht.

b) **EU-Urheberrechtsrichtlinie ohne Uploadfilter umsetzen**
Alternativantrag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP - Drucksache 19/1477

Die Digitale Gesellschaft e.V. begrüßt die Initiativen, kritisch Urheberrechtsreform, insbesondere zu Artikel 17 (vormals 13) Bundesrat auf die Bundesregierung einzuwirken. Zu den pro der Reform gehört das Haftungsregime für Plattformbetreiber von Uploadfiltern zwingt. Die damit einhergehende Vorabkontrolle eine privatisierte Rechtsdurchsetzung und verkehrt das Prinzip der einzelfallbasierten

Einige zentrale Aspekte gehen, dass die des Gesundheitswesens geht, an denen ver geschädigt werden spielen⁴. Die Freiwilligkeit der Beteiligung bleibt ein notwendiges Prinzip, das auf keinen Fall aufgegeben werden darf. Jede Nachlässigkeit um des schnellen Erfolgs willen verletzt die Grundrechte der Versicherten.

2
2
2
3
5
5
5
5
6
6
7
7
8
8
8
9
10
10
10
11
11
11
11

1

zu den A

- a) **Upl**
Antr
b) **EU-**
Alle
Dru

Die Digi
Urheber

Bundesrat auf die Bundesregierung einzuwirken. Zu den pro der Reform gehört das Haftungsregime für Plattformbetreiber von Uploadfiltern zwingt. Die damit einhergehende Vorabkontrolle eine privatisierte Rechtsdurchsetzung und verkehrt das Prinzip der einzelfallbasierten

Nach unserer Auffassung verstößt der NetzDG-E gegen das ECRL und die Regelungen zum Hosting aus Art. 14 ECRL. Die auch die Dienstleistungsfreiheit aus Art. 56 des Vertrags über die Europäische Union (AEUV).

Zugangserschwerungsaufhebungsgesetz

Gesetz zur Aufhebung von Sperrregelungen bei der

Bekämpfung von Kinderpornographie in Kommunikationsnetzen

Stellungnahme des Vereins Digitale Gesellschaft
zum Referentenentwurf vom 04.05.2011

Berlin, 10.05.2011

Digitale Gesellschaft
Hänhausener Allee 8/7

Schriftliche Stellungnahme der Digitalen Gesellschaft e.V.

an den

Innen- und Rechtsausschusses des Schleswig-Holsteinischen Landtags
am 26.08.2019

zu den Anträgen

- a) **Uploadfilter verbieten - Verträge mit Verwertungsgesellschaften schließen**
Antrag der Abgeordneten des SSW - Drucksache 19/1403
b) **EU-Urheberrechtsrichtlinie ohne Uploadfilter umsetzen**
Alternativantrag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP - Drucksache 19/1477

Die Digitale Gesellschaft e.V. begrüßt die Initiativen, kritisch Stellung zur europäischen Urheberrechtsreform, insbesondere zu Artikel 17 (vormals 13) zu nehmen und über den Bundesrat auf die Bundesregierung einzuwirken. Zu den problematischsten Regelungen der Reform gehört das Haftungsregime für Plattformbetreiber, das sie zur Einführung von Uploadfiltern zwingt. Die damit einhergehende Vorabkontrolle von Inhalten forciert eine privatisierte Rechtsdurchsetzung und verkehrt das Prinzip der einzelfallbasierten

DIGITALE GESELLSCHAFT

Digitale Gesellschaft e.V.
Groninger Str. 7
10347 Berlin
+49 30 450 840 18
info@digitalegesellschaft.de
www.digitalegesellschaft.de

19. September 2019

Stellungnahme
zum Referentenentwurf vom 04.05.2011

Stellungnahme
zum Referentenentwurf vom 04.05.2011



Digitale Gesellschaft e.V.,
Groninger Str. 7
10347 Berlin
+49 30 450 840 18
info@digitalegesellschaft.de
www.digitalegesellschaft.de

Berlin, den 26.08.19

Innovationskraft und
offenenbezogenen
Daten im Internet
notwendigkeit und in der
bestimmte Inhalte
besser
Transparenz gehört somit
offenen Internet, das jedem Menschen
n bietet und einen fairen Wettbewerb

Netzneutralität möglichst abschaffen
ich ihren Wünschen soll es neben dem
tatsächlich bevorzugt mit einer garantierten
chist die Gefahr, dass Provider Zugänge
einzelne oder einzelne Anwendungen
fügung stehenden Bandbreiten knapp
Internetdienste aus dem offenen
zaldienst zugänglich machen, um sich
affnen.

in einer entscheidenden Phase. Nachdem
zum Schutz der Netzneutralität
in der vergangenen Woche an,
Bundesregierung hat sich zwar diffus für
ien, jedoch sind die ohnehin
tionsvereinbarung bislang folgenlos

Fokus

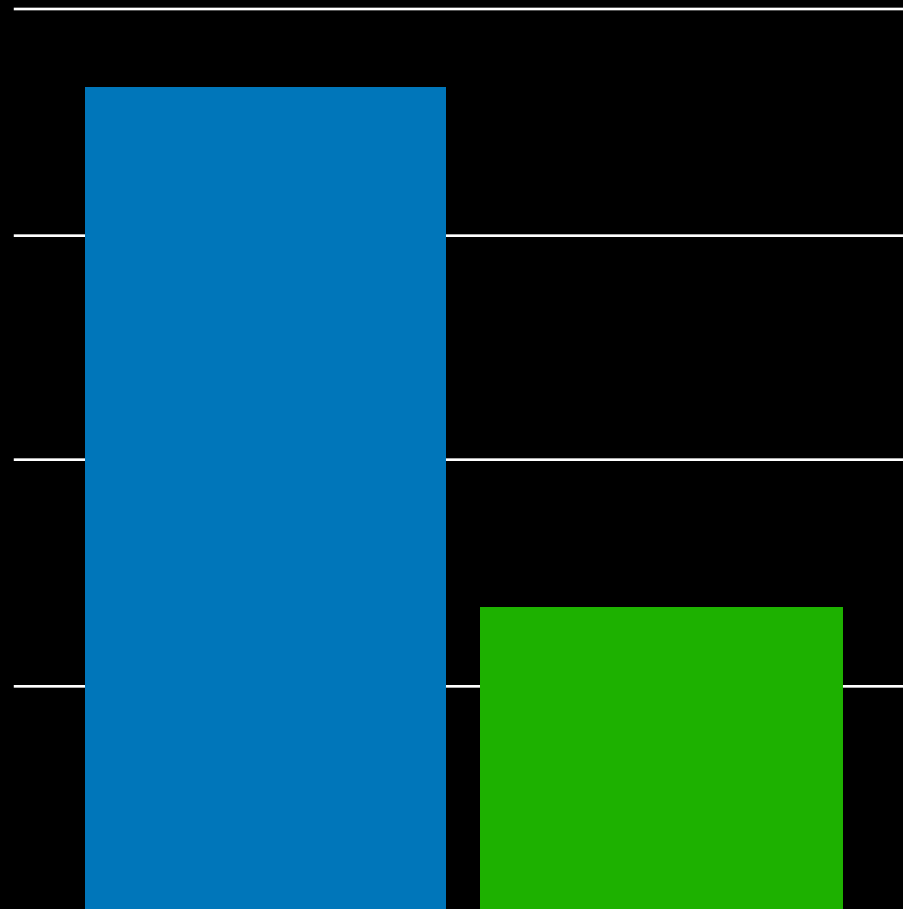


WIE (VIEL)?

Ausgaben 2019

Personalausgaben

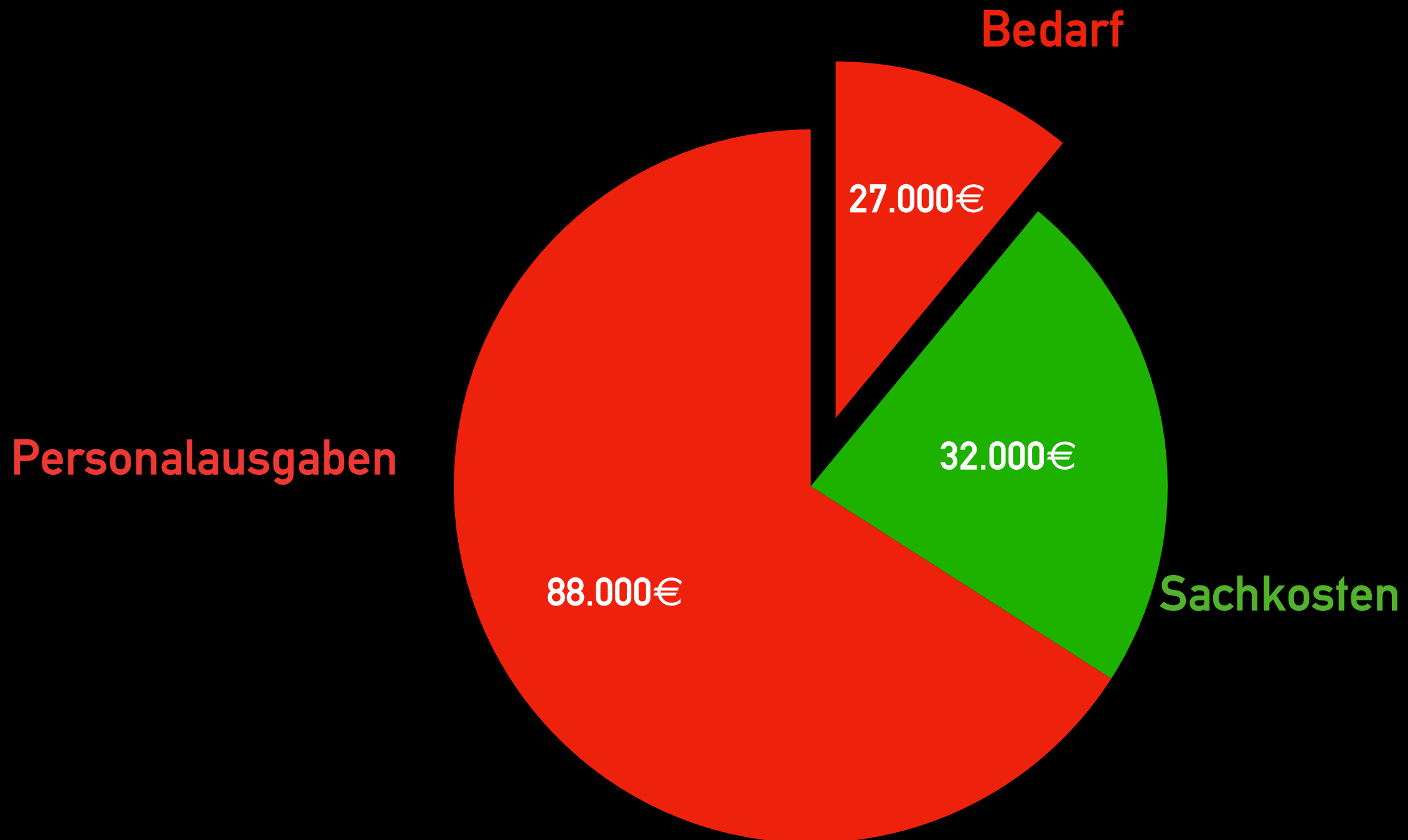
114.000€



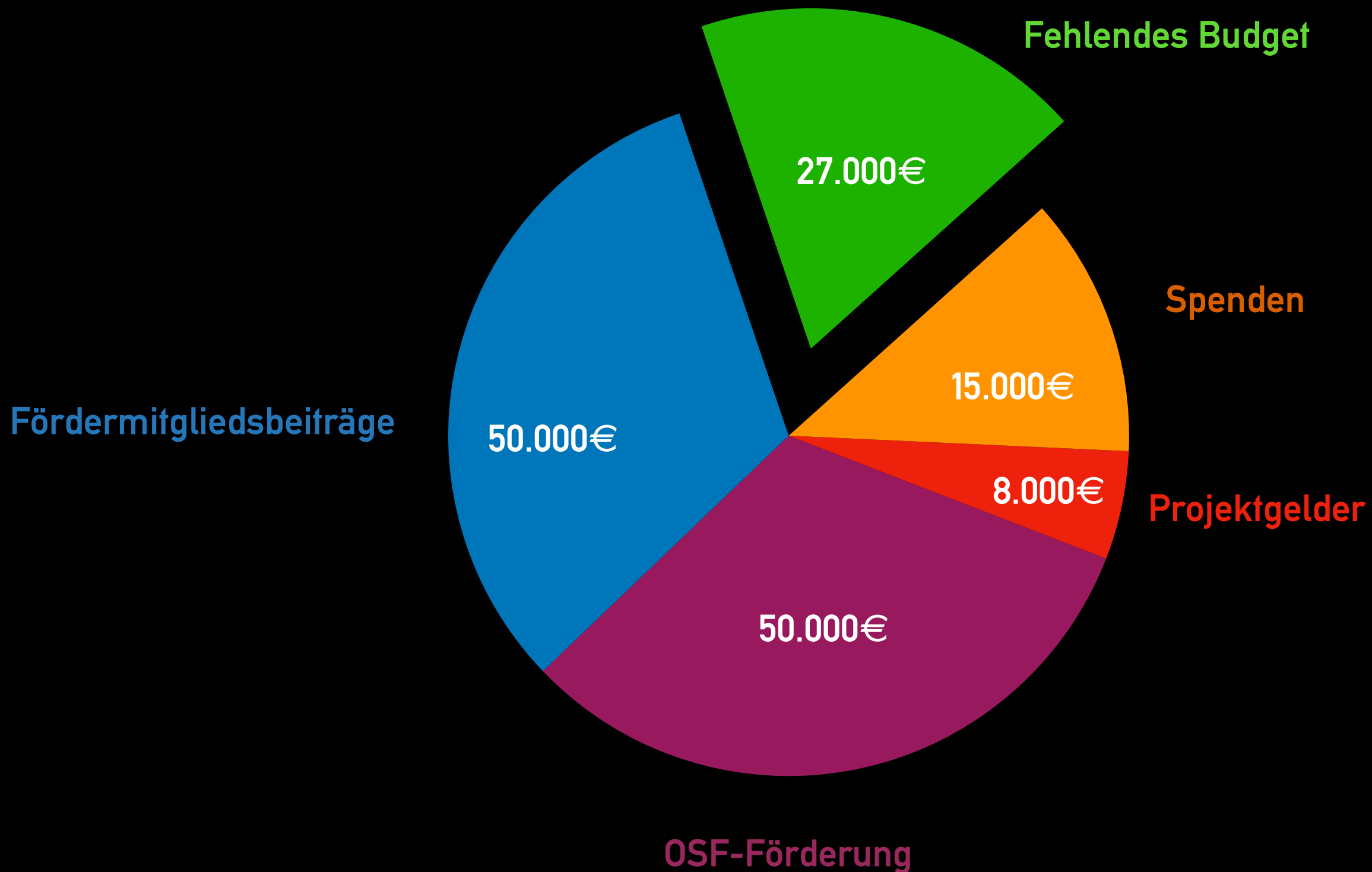
Sachkosten

32.000€

Budgetausblick 2020



Fehlendes Budget 2020

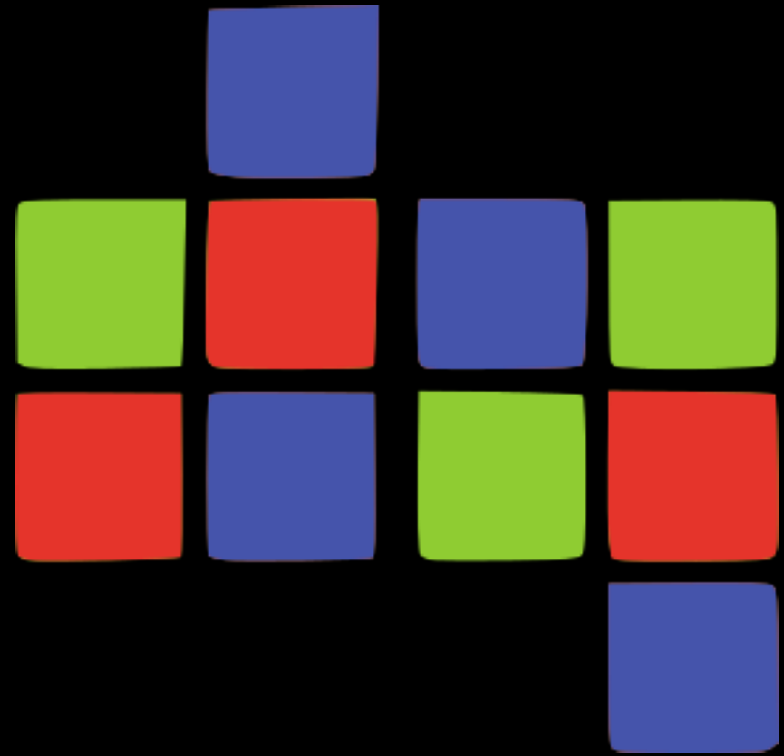




**„Der Kampf für digitale Grundrechte ist
nicht umsonst.“**

Auch in 2020 nicht.

<https://digitalegesellschaft.de/unterstuetzen/>



DIGITALE GESELLSCHAFT

**Wir wollen eine offene und freie digitale Gesellschaft erhalten und mitgestalten.
Dazu brauchen wir Dich. Dein Wissen und dein Engagement.**

<https://digitalegesellschaft.de/unterstuetzen/>

